

THEMEN AUS DER LETZTEN LANDTAGSSITZUNG:

- Erster schwarz-grüner Haushalt liefert keine Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit
- Tarifbindung in Schleswig-Holstein stärken
- Bericht zum Sachstand der Grundsteuererklärungen
- Mit der Vor-Ort-für-dich-Kraft den Zusammenhalt in Schleswig-Holstein stärken
- Online-Tierhandel: Gerade im Internet gibt es viele unseriöse Anbieter

Haushalt

Erster schwarz-grüner Haushalt liefert keine Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit

In der vergangenen Landtagssitzung präsentierte die schwarz-grüne Landesregierung den Haushalt 2023. Es ist der Moment, in dem die Landesregierung ihre Rhetorik mit Zahlen unterlegt. Mit diesem Haushaltsentwurf gießt die Regierung ihre politischen Ambitionen in eine greifbare Form. Er ist die erste messbare Antwort der Landesregierung auf die Herausforderungen unserer Zeit. Er hätte es zumindest sein sollen. Dazu erklärt der Oppositionsführer und Vorsitzende der SPD-Fraktion, Thomas Losse-Müller:

„Ein Haushalt verkörpert in Zahlen gegossenen politischen Willen. Die Herausforderungen und Aufgabenstellungen, vor denen unser Land steht, sind alle glasklar. Wir haben sie alle gemeinsam immer wieder beschrieben. Wir haben kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem! Zukunft der Krankenversorgung und Pflege, Fachkräftemangel und Zuwanderung, Zukunft der Schulen, Digitalisierung, Umbau unserer Wirtschaft in Zeiten eines globalen Umbruchs, Wohnungsbau, Energietransformation und Klimaschutz: Das Aufgabenheft ist prall gefüllt. Die Landesregierung will in diesem Jahr 16 Milliarden Euro ausgeben. Dazu kommen noch mehr als 1 Milliarde aus dem Ukraine Notkredit, von denen die Regierung noch nicht sagen kann, wofür sie die Mittel braucht. Also 17 Milliarden Euro! Noch mehr, wenn wir die Puffer aus Impuls dazurechnen. Aber wird dieser Haushalt – so wie er vorliegt – in der Realität irgendetwas ändern? Gibt er irgendeine substantielle Antwort auf die großen Fragen? Nein!

Finanzministerin Heinold hat sich im Herbst mehr Zeit für die Erstellung des Haushaltsentwurfes erbeten. Heute fragen wir uns wirklich: Warum? Sie hat im Kern nur eine Fortschreibung des letzten Landeshaushaltes vorgelegt. Beim Koalitionsvertrag haben wir uns noch die Mühe gemacht, die Anzahl der Prüfaufträge zu zählen. Diesmal fallen nicht die Prüfaufträge, sondern die vielen Leerstellen auf. Lauter Haushaltstitel mit einer Null dahinter. Die



Koalition weiß einfach nicht, ob sie an dieser Stelle jetzt Geld ausgeben will oder nicht. Sie hat sich mit diesen Leerstellen soviel Spielraum in den Haushalt eingebaut, dass das Motto gilt: Alles kann, nichts muss. Sie bleibt damit im Vagen.

Von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit hat sich Schwarz-Grün inzwischen ein sehr großes Stück entfernt. Dafür sorgen nicht nur die vielen Leerstellen. Die Regierung nutzt das Konstrukt aus Impuls, Notkredit und Kernhaushalt nach der Methode Eichhörnchen. Vor dem Winter werden die Nüsse an allen möglichen und unmöglichen Orten gebunkert. Ich will gar nicht die Notwendigkeit der Notkredite und Sondervermögen in Frage stellen. Das sind notwendige Krücken, die wir brauchen, um mit den Schwächen der Schuldenbremse und der Kameralistik umzugehen. Uns stört die Art und Weise, wie die Landesregierung diese Instrumente nutzt. Je nach Situation rechnet sie sich arm, um dann im entscheidenden Moment doch noch das Geld auszupacken. Geld ist dann das Schmiermittel, das auch schwierige Koalitionen zusammenhält. Das hat in den Zeiten von Jamaika gut funktioniert und es scheint auch bei Schwarz-Grün zu funktionieren. Aber es ist keine gute Haushaltspolitik!

„Wir können alle froh sein, dass wir bisher gut durch den Winter gekommen sind. Der Bund hat mit den Preisbremsen die Situation entschärft und die Preise haben sich entspannt!“

Wir können alle froh sein, dass wir bisher gut durch den Winter gekommen sind. Der Bund hat mit den Preisbremsen die Situation entschärft und die Preise haben sich entspannt. Ich will ausdrücklich anerkennen, dass das Land zusammen mit dem Bund den Aufbau des LNG Terminals in einem bemerkenswerten Kraftakt gestemmt hat. Das kann aber doch kein Grund sein, jetzt die Hände in den Schoß zu legen. Der nächste Winter kommt! Und wir tun gut daran, uns jetzt schon vorzubereiten!“

Tarifbindung

Tarifbindung in Schleswig-Holstein stärken

„Wir wollen die Tarifbindung in unserem Land stärken, denn Schleswig-Holstein hat bekanntermaßen einen besonders hohen Anteil an prekärer Beschäftigung und Jobs ohne Tarifbindungen. Es ist wenig authentisch, wenn Madsen als Minister das durchsetzen soll, was er als Unternehmer immer abgelehnt hat. Und auch sonst wissen wir, dass Günther und Co wenig von Tariftreue halten. Die SPD-Fraktion hat die Landesregierung deshalb um einen Bericht gebeten (Drs. 20/586), um die Frage zu beantworten, wie diese Landesregierung ihr Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag, die Tarifbindung in Schleswig-Holstein zu stärken, umsetzen will. Darüber hinaus wollten wir von Schwarz-Grün wissen, was ihre diesbezüglichen Aktivitäten beim dänischen Hersteller von Windkraftanlagen Vestas bisher waren. Dazu erklärt die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Serpil Midyatli:

„Nun haben wir zwar von Herrn Madsen gehört, dass er Tarifbindung für wichtig hält, der Rest seiner Rede war dann im Wesentlichen aber darauf aufgebaut, dass er als Minister da eigentlich gar nicht viel machen kann und man sich in laufende Tarifverhandlungen sowieso nicht einmischt. Ich glaube, das eine ist das, was man tatsächlich umsetzen kann. Aber wenn es um Tarifbindung und um das Verhältnis zur Sozialpartnerschaft geht, hat das auch immer etwas mit Haltung zu tun. Selbstverständlich ist uns als SPD klar, dass man sich in laufende Tarifverhandlungen nicht einmischt. Das ist uns allen bewusst. Aber die Kolleg*innen von Vestas streiken seit mittlerweile 33 Tagen, weil ihr Arbeitgeber sich erst gar nicht an einen Verhandlungstisch setzen möchte. Deshalb gibt es erst auch gar keine laufenden Verhandlungen und das ist zugleich das Problem!“



„Wir stehen an der Seite der Beschäftigten von Vestas!“

Ich habe mich, so wie es sich für Politik gehört, nicht nur mit der IG Metall und den Beschäftigten von Vestas unterhalten, sondern mich selbstverständlich auch mit den Konzernverantwortlichen ausgetauscht. Die Argumente der Vestas-Leitung entsprechen allerdings ganz klar nicht dem, was wir uns von einem großen Konzern erwarten. Starke Verhandlungen kann man nur mit starken Gewerkschaften und mit guten Arbeitgebern führen. Das ist gute Sitte und gute Tradition. Wir haben uns deshalb gedacht, dass Herr Madsen mit seinem dänischen Migrationshintergrund bei einem dänischen Unternehmen vielleicht besser vermitteln und die Konzernleitung doch noch irgendwie dazu bewegen könnte, sich an den Verhandlungstisch zu begeben. Das ist sehr wohl die Aufgabe von Politik. Und genau das hätten wir von dieser Landesregierung auch erwartet.

Bei Tarifverhandlungen geht es nicht nur um gute Löhne und Gehälter, sondern um vieles mehr. Es geht auch darum, generell gute Arbeitsbedingungen zu haben. Dazu gehören z.B. auch Urlaubsansprüche oder Altersteilzeit. All das sind Dinge, die man nicht in einer Betriebsvereinbarung regelt, sondern in guten Tarifverträgen. Die Situation ist absurd: Vestas hat 1700 Beschäftigte in Deutschland. Die Zulieferfirmen aus dem Klein- und Mittelstand haben Tarifverträge. Den Mitarbeiter*innen im Konzern selbst allerdings werden diese verweigert. Alleine das zeigt, wie wichtig und notwendig es ist, dass wir uns hier und heute für sie stark machen. Von der SPD gibt es deshalb ein ganz klares Bekenntnis: Wir stehen an der Seite der Beschäftigten von Vestas. Wir werden sie auch weiter unterstützen, bis sie endlich einen Tarifvertrag abgeschlossen haben. Die Mitarbeiter*innen von Vestas verdienen Solidarität und unsere bekommen sie!“

Grundsteuererklärung

Die Finanzministerin hat den Umsetzungsaufwand falsch eingeschätzt

Bereits mehrfach hat sich der Finanzausschuss mit der Umsetzung der Grundsteuerreform in Schleswig-Holstein beschäftigt. Von Anfang an konnte sich die SPD-Fraktion dabei des Eindrucks nicht erwehren, dass auch in diesem Fall die Lösungen nicht zur Größe des Problems passten. Auch der aktuelle Stand zur Umsetzung der Grundsteuerreform war deshalb Thema der letzten Landtagssitzung. Dazu erklärt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Beate Raudies:

„Die Finanzministerin hat den Umsetzungsaufwand schlichtweg falsch eingeschätzt und es versäumt, ausreichend personelle und organisatorische Vorbereitungen zu treffen. Die Leidtragenden dieser schlechten Planung waren die Bürgerinnen und Bürger! Zugegeben, die Entscheidung, dass die Abgabe der Erklärung digital erfolgen sollte, hat diese Landesregierung nicht allein getroffen. Angesichts der Anzahl der zu bearbeitenden Fälle scheint mir eine andere Lösung auch kaum möglich. Aber wenn wir in den vergangenen Jahren während der Pandemie eines lernen konnten, dann das: Die Menschen im Land sind nicht so digital affin wie wir es uns wünschen. Es war zumindest mir völlig klar, dass viele Menschen mit der Aufgabe überfordert sein würden, per ELSTER eine Steuererklärung abzugeben. Das fällt ja mir manchmal schon schwer, und ich bin vom Fach! Hier hätte es eine breite Informations- und Aufklärungskampagne gebraucht und nicht nur Plakate in Rathäusern und Finanzämtern, die man aufgrund der Pandemiesituation teilweise gar nicht betreten durfte. Außerdem wäre es sinnvoll gewesen, ein persönliches Beratungsangebot in den Finanzämtern bereitzustellen, nicht nur Telefontermine, die man auch

noch digital buchen musste. Insgesamt bedarf es mehr Personal, um dem enormen Erklärungs- und Beratungsbedarf gerecht zu werden, und um Grundsteuererklärungen vor Ort entgegenzunehmen.

„Die Beschäftigten in den Finanzämtern haben in den letzten Monaten einen Riesenjob gemacht! Dafür danke ich ihnen auch im Namen SPD-Fraktion herzlich!“

Entgegen Aussagen aus dem Ministerium startete die Verarbeitung der Erklärungen nicht sofort im Juli. Per Ende Oktober waren nur 1736 Fälle bearbeitet – ein Bruchteil der damals vorliegenden Erklärungen. Das hat sich gebessert: Am Jahresende waren mehr als ein Viertel der eingegangenen Erklärungen bearbeitet. Erfahrungsgemäß wird sich die Bearbeitungszeit aber wieder verlängern, wenn es an die komplizierten Sachverhalte geht. Es ist die Verantwortung der Finanzministerin, dafür zu sorgen, dass die Bearbeitung jetzt reibungslos läuft. Denn die Kommunen warten auf die Messbescheide, um zu ermitteln, wie hoch die Hebesätze ausfallen müssten, um das Grundsteueraufkommen vor der Reform zu erzielen.



Die Beschäftigten in den Finanzämtern haben in den letzten Monaten einen Riesenjob gemacht! Dafür danke ich ihnen auch im Namen meiner Fraktion herzlich! Die Neubewertung aller Grundstücke ist eine Jahrhundertaufgabe, und dementsprechend hätte sie vorbereitet werden müssen. Aber nicht nur vom Bund, sondern auch im Land! Erschwert wird die ganze Angelegenheit durch die Personalsituation in den Finanzämtern. Schon vor zwei Jahren hatte der Landesrechnungshof folgendes festgestellt: „Die Finanzämter des Landes sind auf diese umfassende Neubewertung weder technisch noch personell vorbereitet. Bereits jetzt schieben die Bewertungsstellen einen Berg von 56.000 unerledigten Fällen vor sich her. Grund dafür ist die Tatsache, dass dort nur 131 Vollzeitkräfte tätig sind. Deutlich zu wenig, wie die hohen Arbeitsrückstände zeigen. Das Finanzministerium hat diesen Zustand zu lange hingenommen. Jetzt ist es in der Pflicht, bis zu 114 zusätzliche Kräfte zu akquirieren, um die Neubewertungen vornehmen zu können. Das Finanzministerium muss deshalb dringend ein Konzept vorlegen, wie es den zusätzlichen Personalbedarf decken will.“ Es war also klar, dass es zu personellem Mehrbedarf kommt. Denn schließlich müssen alle Grundstücke neu bewertet werden, und zwar in sehr kurzer Zeit.

Tatsächlich sind von den knapp 3.700 Planstellen in den Finanzämtern 650 nicht besetzt. Selbst mit den zusätzlichen Nachwuchsstellen wird es fast ein Jahrzehnt dauern, bis genug Ersatz da ist, und auch der Einsatz von Tarifbeschäftigten kann diese Lücke nicht schließen. Deswegen werden die Menschen in Schleswig-Holstein nicht nur lange auf die Bewertung ihrer Grundstücke warten müssen, sondern auch auf die Bearbeitung ihrer Einkommensteuererklärungen. Betriebe werden hierzulande seltener geprüft als in anderen Bundesländern, vielleicht Steuereinnahmen verschenkt. Und die Beschäftigten? Die sind frustriert, haben das Gefühl, gegen Windmühlen zu kämpfen und fühlen sich nicht wertgeschätzt. Diesen Missstand hat die Grundsteuerreform jetzt gnadenlos offengelegt.“

Die „Vor-Ort-dür-dich-Kraft“ kann die Lücke, die in unseren Sozialsystemen entstanden ist, füllen

Wir müssen feststellen, dass sich aktuell zwei Trends beobachten lassen, welche uns Sorgen bereiten. Das ist zum einen der demographische Wandel und zum anderen die zunehmende Einsamkeit und Vereinzelung der Menschen in allen Lebenslagen. Deshalb hat die SPD-Fraktion einen Antrag (Drs. 20/585) mit einem ganzen Bündel an Maßnahmen in den Landtag eingebracht, mit dem wir diesem Trend begegnen wollen. Dazu erklärt der Oppositionsführer und Vorsitzende der SPD-Fraktion, Thomas Losse-Müller:

„Eins gleich vorweg: Der Name Vor-Ort-für-dich-Kraft sorgt auch in unseren Reihen immer noch für Diskussionen. Da ist Marketing-technisch definitiv noch Luft nach oben. Aber damit sind wir nicht allein! Die Kernidee taucht auch in Schleswig-Holstein unter vielen verschiedenen Namen auf: Bei den Dorfkümmer*innen der Akademie für ländliche Räume, dem psychosozialen Quartiersmanagement der „sozialen Stadt“, der Diskussion um die Community Health Nurse. Viele verbinden mit der Idee noch die kirchlich getragenen Gemeindegewestern, die es überall im Land gab.

„Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten alle Formen der sozialen Hilfen professionalisiert, aber wir haben diese dabei von den Menschen weg organisiert!“

Ich bin im letzten Jahr einigen Frauen begegnet, die vor der Pflegereform noch als Gemeindegewestern gearbeitet haben und seitdem versuchen, das Konzept irgendwie unter anderem Namen aufrecht zu erhalten. Als Allgemeiner Sozialer Dienst in Owschlag oder im Rahmen der Arbeit der Diakoniestation in Uetersen. In Rheinland-Pfalz und Hessen investieren verschiedenfarbige Landesregierungen bereits wieder in die Idee unter den Namen GemeindegewesterPlus oder Gemeindepfleger*innen. Viele Namen, aber eine Idee: Die Lücke, die in unseren Sozialsystemen entstanden ist, zu füllen. Durch eine Kraft, die vor Ort für die Menschen da ist, die sich kümmern kann, die hilft, die vorbeischaud, die organisiert.



Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten alle Formen der sozialen Hilfen professionalisiert, aber wir haben diese dabei von den Menschen weg organisiert. Damit ich Hilfe erhalte, muss ich zum Produkt passen. Das ist die Lücke, die wir schließen müssen. Wir wissen alle, dass der demographische Wandel, Individualisierung und Mobilität die familiären Strukturen, auf die wir uns lange verlassen konnten, geschwächt haben. Familien werden kleiner, die Kinder ziehen weit weg. Immer mehr Menschen leben allein. Gleichzeitig werden die sozialen Strukturen, die Vereine und Verbände schwächer und älter und fangen weniger auf. Schlimmer noch: Präventive und gesundheitsfördernde Angebote erreichen arme Menschen deutlich weniger. Dafür muss man zu den Menschen nach Hause gehen. Es braucht einen aktiven Staat, der hingehd und hilft. Es sind genug Mittel im System. Die 100 Stellen werden rund 5 Millionen Euro kosten. Das entspricht noch nicht mal dem, was wir als Förderung für ein einziges

zusätzliches stationäres Pflegeheim aufbringen. Anders gesagt: Wenn die 100 Vor-Ort-für-dich-Kräfte jeweils dafür sorgen, dass jedes Jahr nur fünf Menschen gesunder, glücklicher und eigenständiger und länger in ihrer eigenen Häuslichkeit bleiben können, lohnt sich das Projekt bereits. Deshalb wollen wir, dass das Land vorangeht und diese 100 Stellen finanziert.“

Online-Tierhandel

Tierhandel: Gerade im Internet gibt es viele unseriöse Anbieter

Der Handel mit Tieren im Internet blüht. Hunde, Katzen, Reptilien, aber auch Affen, Großkatzen, Hyänen. Es gibt nichts, was es nicht zu kaufen gibt. Die Identität der Händler:innen und die Einhaltung der Artenschutzregelungen ist schwer oder gar nicht nachzuvollziehen. Neben lebenden Tieren werden auch Elfenbein, Felle, Präparate und Vieles mehr angeboten. Welches Tierleid dahinter steckt, mag man sich kaum vorstellen. Darum haben wir als SPD-Fraktion einen Antrag (Drs. 20/437) in die Landtagssitzung eingebracht, sich auf Bundesebene für eine einschränkende Regelungen des Online-Tierhandels einzusetzen. Dazu erklärt die tierschutzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sandra Redmann:

„Heutzutage ist es nicht schwierig, mal ganz schnell ein Tier zu erwerben. Ein Knopfdruck reicht. Ohne Beratung, ohne Aufklärung über artenschutzrechtliche Fragen, ohne Ansicht der Tiere. Oft werden diese unter unwürdigen Bedingungen gehalten und transportiert.

„Laut Einschätzung eines ehemaligen Welpenhändlers sind 90% der Anzeigen für Hunde im Zusammenhang mit illegalem Welpenhandel zu sehen!“

Gerade im Internet sind leider viele unseriöse Anbieter:innen unterwegs. Gerne werden Interessenten mit niedlichen oder coolen Fotos angelockt. Die Realität sieht dann aber oft anders aus. Die Tiere sind in einem schlechten Zustand, nicht geimpft und wurden medizinisch kaum oder gar nicht versorgt. Hundewelpen werden zu früh von ihrer Mutter getrennt und kommen zum Teil aus sogenannten Welpenfarmen. Menge produzieren, auf den Markt werfen und schnell verkaufen. Nach Zahlen, die die Tierschutzorganisation Vier Pfoten beziffert hat, sind es allein in Deutschland ca. 1,4 Millionen Anzeigen, mit denen ein Welpen vertickt werden soll. Der Verkaufswert liegt bei ca. 1



Milliarde Euro. Laut Einschätzung eines ehemaligen Welpenhändlers sind 90% der Anzeigen für Hunde im Zusammenhang mit illegalem Welpenhandel zu sehen. Der Handel mit Tieren ist ein Geschäft und zwar ein lohnendes. Nach dem Kauf ist dann die Enttäuschung oft groß. Der Hund sieht gar nicht so süß aus, er ist nicht so kinderfreundlich wie behauptet und von den Kosten für die tierärztliche Betreuung hat auch niemand gesprochen.

Eine einschränkende Regelung kann die von mir vorgetragene Punkte zum großen Teil verhindern und so dazu beitragen, dass vielen Tieren Leid erspart wird. Zudem zeigt es, dass die Hilferufe der Mitarbeiter:innen aus den Tierheimen bei uns angekommen sind. Dankbar haben wir außerdem die Forderungen der Tierschutzverbände aufgegriffen. Danke für die gute Zusammenarbeit. Schön, dass auch die anderen Fraktionen unseren Antrag unterstützt haben! Das ist ein guter Tag für den Tierschutz.“

SPD FRAKTION SCHLESWIG- HOLSTEIN

Impressum

Herausgeberin: SPD Landtagsfraktion Schleswig-Holstein
Pressesprecher: Heimo Zwischenberger
Layout: Dejan Petrovic

Postfach 7121, 24171 Kiel